

DAX erholt sich deutlich – Stimmung in der US-Industrie bleibt außerordentlich gut

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 01.03.2021 17:45 | Copyright BörseGo AG 2000-2021

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Daimler** und **Volvo** gründen Joint-Venture für Lkw-Brennstoffzellenantrieb
- Rückkehr zur **Reisefreiheit** mit "grünem Pass"?
- **Klarna** nun mehr wert als die Deutsche Bank
- **Destatis**: Inflation in Deutschland zieht stark an
- **Markit**: Stärkstes Wachstum der Euro-Industrie im Februar seit 3 Jahren
- Landesweite Proteste: Tödlichster Tag in **Myanmar**
- Ex-Präsident **Trump** will keine neue Partei gründen
- **Südafrika** sorgt sich um seine Wirtschaft
- **AstraZeneca** verkauft Beteiligung an **Moderna**
- US-Notfallzulassung für Impfstoff von **Johnson & Johnson**
- **Citigroup** muss Bilanz ändern
- **Twitter** droht Ärger in Russland

DAX

- Der deutsche Aktienmarkt ist mit einer kräftigen Erholung in die neue Woche gestartet. Der **DAX** übersprang wieder die Marke von 14.000 Punkten und beendete den Xetra-Handel am Montag mit einem Plus von 1,64 Prozent bei 14.012,82 Zählern. In der Vorwoche hatte ein Ausverkauf an den Anleihemärkten mit stark steigenden Renditen für Verunsicherung gesorgt. Jetzt kam es zunächst wieder zu einer starken Erholung. Äußerungen von verschiedenen Notenbankern, die sich zu einer anhaltenden Politik des sehr billigen Geldes bekannten, unterstützten die Erholung. Zu der Beruhigung trägt auch bei, dass das Konjunkturpaket des neuen US-Präsidenten Joe Biden im Volumen von 1,9 Bio. Dollar die Zustimmung des Repräsentantenhauses erhalten hat. Allerdings steht die Abstimmung im Senat noch aus. Die Anleger hoffen zudem auf eine positive Konjunktorentwicklung. Einige Daten, die heute veröffentlicht wurden, signalisieren ein Aufhellung, so vor allem der Einkaufsmanagerindex für die Industrie in Deutschland. Wie das Institut IHS Markit mitteilte, stieg der Index um 3,6 auf 60,7 Punkte. Begründet wurde der Anstieg vor allem mit einer positiven Entwicklung des Exportgeschäfts. Auch die Industrie in der Eurozone legte laut dem Institut im Februar zu. Der Aufschwung im DAX wird von fast allen 30 Mitgliedern getragen: Zunächst gab es am Montag keine Kursverlierer, später wiesen Autoaktien leichte Kursverluste auf.

Chartanalysen und Artikel des Tages

- [DAX-Tagesausblick: Aufwärtzlücke zum Monatsstart, direkt an Widerständen beginnend!](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick: Die Dollar-Bullen sind zurück!](#)
- [DOW – Sechs Bullen sollen es richten](#)
- [DAX – Mittelfristige Ausrichtung ist noch nicht entschieden](#)
- [GOLD – Die Woche nach dem Kurseinbruch](#)

Unternehmen & Branchen

- [Daimler](#) und [Volvo](#) haben ein bereits im vergangenen Jahr angekündigtes Gemeinschaftsunternehmen zur Entwicklung von Brennstoffzellen-Antrieben für schwere Lastwagen gegründet. Keimzelle des neuen

Unternehmens ist die Firma Daimler Truck Fuel Cell, an der sich Volvo nun mit 50 Prozent beteiligt hat. Die entwickelten Brennstoffzellenantriebe könnten ab Mitte des Jahrzehnts in der Serienproduktion zum Einsatz kommen. Auf allen anderen Feldern wollen Daimler und Volvo Konkurrenten bleiben.

- Der Zahlungsdienstleister **Klarna** hat sich von Investoren eine Mrd. Dollar Kapital besorgt und dabei die Bewertung in einem halben Jahr auf 31 Mrd. Dollar mehr als verdreifacht. Das schwedische Fintech ist damit mehr wert als die **Deutsche Bank**, die aktuell auf einen Börsenwert von 25 Mrd. Dollar kommt. Bei der 650 Mio. Dollar schweren vergangenen Finanzierungsrunde im September hatte der Gesamtwert für Klarna noch bei zehn Mrd. Dollar gelegen. Die Bewertung ergibt sich daraus, welchen Anteil am Unternehmen die Geldgeber für ihre Investition bekommen. Klarna profitiert vom Trend zum Einkaufen im Internet und dem vermehrten Bezahlen an Ladenkassen mit Karten oder dem Smartphone. Das 2005 gegründete Unternehmen zählt weltweit 87 Mio. Kunden und erzielte 2020 ein Transaktionsvolumen von 56 Mrd. Dollar.
- Der Logistikkonzern **FedEx** teilte mit, dass das Volumen von Impfstoff-Auslieferungen im Frühjahr und Sommer stark gesteigert werden soll. Bislang konnten Lieferungen selbst in abgelegene Gegenden in unter 24 Stunden durchgeführt werden. Die durchschnittliche Lieferdauer betrage weniger als 20 Stunden.
- Das Flugzeugmodell **Boeing 737 Max** darf in **China** weiterhin nicht fliegen. Erhebliche Sicherheitsbedenken seien nicht vollständig ausgeräumt worden, sagte der stellvertretende Leiter der chinesischen Flugaufsicht. Die technische Überprüfung habe noch nicht das Zertifizierungs- und Flugteststadium erreicht. Chinesische Fluggesellschaften besitzen Medienberichten zufolge bereits etwa 100 Flugzeuge des Typs. Nach zwei Unglücken war das Modell 2019 weltweit aus dem Verkehr gezogen worden. Nach Änderungen an den Maschinen und dem Pilotentraining darf es in der EU, den USA und weiteren Ländern aber wieder abheben.
- Der Überweisungsfehler in Höhe von fast 900 Mio. Dollar der **Citigroup** zwingt die US-Großbank zu einer Änderung der Bilanz. Im abgelaufenen Quartal mussten nachträglich zusätzlich operative Kosten von 390 Mio. Dollar verbucht werden, wie der Konzern am Freitag nach US-Börsenschluss mitteilte. Dadurch sinke der Gewinn je Aktie auf 1,92 Dollar von zuvor 2,08 Dollar.
- **Facebook** wird von Mai an Nachrichteninhalte von zahlreichen Verlagen und Medienmarken aus Deutschland in einem eigenen Bereich präsentieren. „Wir werden die kommenden drei Jahre weltweit rund eine Milliarde Dollar in Facebook News investieren“, sagte Jesper Douthett, Director für News Partnerships in Europa in einer Online-Pressekonferenz. „Facebook News in Deutschland ist ein Teil davon.“ Wie hoch die Vergütung für einzelne Verlage genau ausfällt, behält der US-Konzern für sich.
- Das Online-Netzwerk **Facebook** zahlt nach einem jahrelangen Gerichtsverfahren 650 Mio. Dollar an US-Kläger in einem Streit um den Einsatz von Gesichtserkennungs-Technologie. Ein Richter in Kalifornien billigte am Wochenende die Einigung. Pro Kläger gibt es mind. 345 Dollar. In dem seit 2015 laufenden Verfahren geht es um die Funktion, bei der Facebook vorschlägt, in Fotos abgebildete Freunde mit Namen zu markieren. Die Kläger argumentierten, dass es gegen ein Gesetz zur Gesichtserkennung im US-Bundesstaat Illinois verstieß, dafür vorher nicht die Einwilligung der Betroffenen einzuholen. Inzwischen änderte Facebook das Verfahren weltweit.
- **Twitter** droht Ärger in Russland. Der Kurznachrichtendienst verstoße mutwillig gegen russische Gesetze, erklärte die Telekommunikationsaufsicht Roskomnadsor am Montag. Der US-Konzern sei in einigen Fällen den Aufforderungen der Behörde nicht nachgekommen, verbotene Inhalte zu löschen. Dem Unternehmen droht nun eine hohe Strafe.
- Die US-Fluggesellschaft **United Airlines** zahlt im Zusammenhang mit dem Skandal um Falschangaben gegenüber der US-Post beim Transport internationaler Luftfrachtsendungen bei einem Vergleich insgesamt rund 49,5 Mio. Dollar, um straf- und zivilrechtliche Verfahren beizulegen. Das teilte das US-Justizministerium mit. Einem Bericht der New York Times zufolge will United Airlines derweil zusätzlich 25 Flugzeuge des Typs Boeing 737 MAX bestellen.
- Laut CNBC werden Jeff Ubben und Mike Angelakis dem **Exxon Mobil**-Board beitreten. Angelakis ist früherer CFO von Comcast, „grüner“ Aktivist, ehemaliger Chairman der Philadelphia Fed und Board-Mitglied bei Duke Energy und Hewlett Packard. Ubben ist seinerseits ein Aktivist-Investor, der sich auf die Fahnen geschrieben hat Unternehmen „systematisch neu auszurichten“, um die Gesellschaft zu verbessern.
- **Warren Buffetts Investmentgesellschaft Berkshire Hathaway** hat 2020 für mehr Geld als je zuvor eigene Aktien zurückgekauft. Insgesamt steckte die Holding 24,7 Mrd. Dollar in entsprechende Programme, wie aus Berkshires Jahresbericht hervorging. Im

vierten Quartal investierte der Konzern 9,0 Mrd. Dollar in eigene Anteilscheine. Den Nettogewinn konnte Berkshire Hathaway zum Jahresende kräftig steigern.

- Die Cloud-Kommunikationsplattform [Twilio](#) bestätigt die Investition von 750 Mio. Dollar in Syniverse. Twilio erwirbt damit einen signifikanten Minderheitsanteil, die Carlyle Group wird allerdings weiter Mehrheitseigner bleiben.
- Die deutsche Reisebranche wappnet sich für die Sommersaison. Massenhafte Schnelltests und ein digitaler Impfausweis sollen zur ersehnten Trendwende im Tourismus führen. Denn die Einbußen durch die Pandemie machen den Unternehmen nach Einschätzung des **Deutschen Reiseverbands (DRV)** angesichts des monatelangen Lockdowns immer mehr zu schaffen. „Reisen in Europa wird im Sommer 2021 möglich sein – sicher und verantwortungsvoll“, sagte der **Chef des Touristikonzerns TUI, Fritz Jousen**. Die technische Entwicklung des EU-Impfpasses soll allerdings noch rund drei Monate dauern. Und geimpft sind bisher vor allem ältere und pflegebedürftige Menschen. Dennoch macht Jousen Hoffnung: „Ein europäischer Impfpass kann dabei helfen, Reisefreiheit wiederherzustellen. Daran besteht kein Zweifel“. Mit Spanien, Griechenland und Zypern sei die TUI bereits in enger Abstimmung für die Sommersaison. Weitere Mittelmeer-Länder würden bald folgen. Schon jetzt schlägt sich das Interesse am Urlaub Jousen zufolge wieder stärker in "Buchungen und Umsatz" nieder.
- Das Spezialpharma-Unternehmen [Medios](#) blickt zuversichtlicher auf das laufende Jahr und erhöht seine Prognose. Das im SDAX notierte Unternehmen geht davon aus, dass sich die coronabedingten Sondereffekte, die das Ergebnis belasten, im Verlauf des Jahres abschwächen. Für 2021 erwartet der Vorstand nun einen Umsatz zwischen 1,15 und 1,20 Mrd. Euro. Bisher waren Erlöse in Höhe von mehr als einer Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Beim bereinigten Ergebnis vor Steuern (EBT) hat Medios jetzt 31 bis 32 Mio. auf der Agenda. Bisher hatte das Management mit rund 30 Mio. gerechnet.
- Die [Merck KGaA](#) stärkt mit einer Lizenzvereinbarung ihr Geschäft mit Krebsmedikamenten. Der Pharmakonzern erwarb von der schweizerischen Debiopharm die weltweiten Exklusivrechte zur Entwicklung und Vermarktung für das Mittel Xevinapant gegen Kopf-Hals-Tumore, wie der DAX-Konzern am Montag mitteilte. Debiopharm bekommt dafür eine Vorauszahlung von 188 Mio. Euro sowie künftig bis zu 710 Mio. Euro für zulassungsbezogene und kommerzielle Meilensteine.
- Die [Commerzbank](#) wird sich im Zuge ihres Sparprogramms u. a. aus Luxemburg, Ungarn und Hongkong zurückziehen, wie das Handelsblatt berichtet. In einer Mitteilung im Intranet der Bank seien erstmals alle angekündigten 15 Standorte benannt, die das Geldhaus im Zuge des Umbaus ihres Firmenkundengeschäfts aufgeben wolle, hieß es. Geschlossen würden demnach auch die Filialen in Barcelona, Bratislava und Brüssel sowie die Repräsentanzen in Aserbaidschan, Georgien, Indonesien, dem Irak, Kasachstan, Libanon, Malaysia, Serbien und Venezuela.
- Der Online-Modehändler [Global Fashion Group](#) konnte im abgeschlossenen Geschäftsjahr seinen Nettowarenwert um gut 10 Prozent auf fast 2 Mrd. Euro steigern, der Umsatz wuchs um 1 Prozent auf 1,36 Mrd. Euro. Gebremst haben dabei vor allem die teils schwachen Währungen der Länder, in denen das Unternehmen aktiv ist. Das Ebitda lag bei 16,4 Mio. Euro. Der Konzern will nach dem deutlichen Wachstum 2020 im laufenden Jahr weiter zulegen. Den Nettowarenwert (NMV) will GFG um ein Viertel auf 2,5 Mrd. Euro steigern. Der Umsatz soll um rund 10 Prozent auf gut 1,5 Mrd. Euro klettern, das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) moderat zulegen.
- Der britisch-schwedische Pharmakonzern [AstraZeneca](#) hat nach Informationen der „Times“ seine Beteiligung an dem US-Impfstoffentwickler [Moderna](#) abgestoßen. AstraZeneca habe sich von seinen Anteilen in Höhe von 7,7 Prozent für mehr als eine Milliarde Dollar getrennt, nachdem Aktien des US-Pharmaherstellers wegen des Durchbruchs beim Coronavirus-Impfstoff in die Höhe geschossen waren, berichtete die Zeitung. In welchem Zeitraum AstraZeneca die Beteiligung an Moderna verkauft habe, sei aber unklar.
- In den USA kann nun mit dem Impfstoff von [Johnson & Johnson](#) künftig ein drittes Corona-Vakzin eingesetzt werden. Die US-Arzneimittelbehörde FDA erteilte am Wochenende dazu eine Notfallzulassung. Es muss anders als die bisher genutzten Impfstoffe nicht zweimal gespritzt werden, eine Verabreichung ist ausreichend für den Schutz. Die vorliegenden Daten zum Johnson & Johnson-Impfstoff zeigten, „dass die bekannten und potenziellen Vorteile des Vakzins seine bekannten und potenziellen Risiken überwiegen“, hieß es in der FDA-Mitteilung. Basis dafür seien Tests mit Zehntausenden Probanden in mehreren Ländern.
- Der Finanzdienstleister [Hypoport](#) blieb vorläufigen Berechnungen zufolge 2020 beim Umsatz trotz eines Anstiegs um 15 Prozent auf 387 Mio. Euro hinter den selbst gesteckten Zielen zurück, wie das Unternehmen am Freitag nach Börsenschluss mitteilte. In Aussicht gestellt hatte das Management 400

bis 440 Mio. Euro. Das operative Ergebnis (Ebit) legte um 10 Prozent auf rund 36 Mio. Euro zu und lag damit eher am unteren Ende der prognostizierten Spanne von 35 bis 40 Mio. Euro.

- Die Ratingagentur **Standard & Poor's (S&P)** hat die Aussichten für die **Deutsche Bank** angehoben und macht damit Hoffnungen auf eine bessere Bonitätsnote. Wegen der Fortschritte beim Konzernumbau und der Widerstandsfähigkeit des Instituts in der Corona-Krise sei der Ausblick auf "positiv" von "negativ" angehoben worden, teilte S&P am Freitag mit.

Politik & Konjunktur

- Die **EU-Kommission** will am 17. März ihren Plan für einen "**digitalen grünen Pass**" vorlegen, mit dem künftig Corona-Impfungen, überstandene Corona-Erkrankungen sowie negative Schnelltests dokumentiert werden könnten. Mit solchen Nachweisen könnten Schritte zurück zur Normalisierung in der Corona-Pandemie erfolgen, so die Vorstellung. Welche Grundrechte mit dem grünen Pass wieder eingefordert werden können, soll aber jedes Land selbst entscheiden. In Deutschland soll künftig jeder Bürger Anspruch auf zwei kostenlose Schnelltests pro Woche haben, die von geschultem Personal abgenommen werden, wie Pläne des Gesundheitsministeriums vorsehen.
- Die Stimmung in der US-Industrie bleibt weiterhin außerordentlich gut. Der **Einkaufsmanagerindex ISM für das Verarbeitende Gewerbe der USA** ist im Februar von 58,7 Punkten auf 60,8 Punkte gestiegen. Der Blick auf die Details zeigt einen Anstieg der wichtigen Produktionskomponente. Diese notiert nun bei starken 63,2 Punkten und signalisiert damit, dass der in der US-Industrie realisierte Output im Februar signifikant zulegen konnte. Die Auftragskomponente zog auf 64,8 Zähler an.
- In den **USA** sind die **Bauinvestitionen** im Januar im Monatsvergleich um 1,7 Prozent gestiegen, wie das US-Handelsministerium am Montag mitteilte. Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Bauausgaben ebenfalls deutlich um 5,8 Prozent.
- Die **US-Regierung** hat die Festnahme und Anklage von Anhängern der demokratischen Opposition in **Hongkong** scharf kritisiert. **Außenminister Antony Blinken** teilte auf Twitter mit, die USA forderten die sofortige Freilassung der Betroffenen. „Politische Partizipation und freie Meinungsäußerung sollten keine Verbrechen sein. Die USA stehen an der Seite der Menschen in Hongkong.“ Auch den tödlichen Gewalteinsatz von Sicherheitskräften gegen Demonstranten in **Myanmar** verurteilte Blinken scharf. Der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Jake Sullivan, teilte mit, die USA seien „alarmiert“ über die Gewalt gegen friedliche Demonstranten. Sie stelle eine Eskalation im Vorgehen gegen pro-demokratische Proteste gegen den Militärputsch in dem südostasiatischen Land dar.
- Im Zusammenhang mit dem Mord an dem **Journalisten Jamal Khashoggi** hat das **US-Finanzministerium** einen ehemaligen Berater des saudi-arabischen Kronprinzen und eine Eliteeinheit des Königshauses auf die Sanktionsliste gesetzt. Betroffen seien der frühere Vize-Geheimdienstchef Ahmed al-Asiri und die Schnelle Eingreiftruppe RIF, teilte das Ministerium am Freitag mit. Gegen Kronprinz Mohammad bin Salman selber wurden keine Sanktionen bekannt.
- Die Überwachung des iranischen Atomprogramms darf aus Sicht der **Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA)** nicht zur Verhandlungsmasse werden. Eine mögliche Einigung zwischen dem Iran und den USA zur Rettung des Atomabkommens von 2015 sei ohne eine starke Präsenz von Inspektoren unmöglich, sagte IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi am Montag. Am Sonntagabend hatte Teheran ein von der EU vorgeschlagenes Atom-Treffen mit den USA und anderen Vertragspartnern des Wiener Abkommens von 2015 abgelehnt, solange US-Sanktionen nicht aufgehoben werden.
- Nach Meinung von **Fed-Gouverneurin Lael Brainard** hat die Pandemie Schwachstellen am Finanzsystem offenbart. Brainard bezieht sich damit unter anderem auf Geldmarktfonds, die enorme Abflüsse verkraften mussten, was die Stabilität des Finanzsystems gefährdet habe. In Zukunft könnten Abflüsse bestraft werden, auch seien Mindesteinlagen denkbar.
- Die **Jahresinflationsrate in Deutschland** lag im Februar bei 1,3 Prozent, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Daten mitteilte. Im Januar war eine Rate von 1,0 Prozent und im Dezember von minus 0,3 Prozent gemessen worden. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Verbraucherpreise im Februar 2021 um 0,7 Prozent. Vor allem für Haushaltsenergie und Kraftstoffe mussten die Verbraucher im Februar wieder mehr zahlen als ein Jahr zuvor (plus 0,3 Prozent). Nahrungsmittel und Dienstleistungen verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um jeweils 1,4 Prozent.
- Der Eurozone-Industriesektor verzeichnete im Februar das stärkste Wachstum seit drei Jahren. Dies signalisiert der **finale IHS Markt Eurozone Einkaufsmanagerindex**, der gegenüber Januar um 3,1 auf

57,9 Punkte stieg und damit zum achten Mal hintereinander über der Marke von 50 Punkten notiert, ab der Wachstum angezeigt wird. Die Vorabschätzung wurde ebenfalls übertroffen. Sämtliche von der Umfrage erfassten Industriebereiche wuchsen im Berichtsmonat, allen voran der Investitionsgüterbereich, der so kräftig zulegte wie zuletzt im Januar 2018. Auf Platz zwei rangierte der Vorleistungsgüterbereich. Der Konsumgüterbereich schnitt trotz des nur moderaten Wachstums so gut ab wie zuletzt im September 2020. „Die Industrie entwickelt sich seit Jahresbeginn immer mehr zum Lichtblick der Eurozone-Konjunktur“, kommentierte IHS Markit-Chefökonom Chris Williamson. „So notiert der PMI im Februar auf einem Niveau, das in der über zwanzigjährigen Umfragegeschichte nur selten übertroffen wurde – namentlich während der Dot-Com-Bubble, dem Aufschwung im Nachgang der globalen Finanzkrise sowie 2017–2018“. Die Unternehmen profitierten von der boomenden Inlands- und Exportnachfrage, angetrieben von Hoffnungen auf einen Nach-Corona-Aufschwung und eine Konsumsteigerung, was wiederum den Lageraufbau und Investitionen in Ausrüstung und Maschinen ankurbelte, so Williamson.

- Im Dienstleistungssektor ist die Stimmung in diesem Jahr an einem Tiefpunkt angelangt. So fällt der Einbruch der Geschäftslage in der aktuellen Corona-Krise viel drastischer aus, als dies während der Finanzkrise im Jahr 2009 der Fall war, wie aus einer Sonderauswertung der aktuellen **Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)** hervorgeht. Insgesamt haben sich sowohl die Bewertung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen Anfang 2021 nochmals verschlechtert.
- Zweieinhalb Monate nach Beginn des Lockdowns ist es nach Auffassung einer Mehrheit der Deutschen Zeit für Lockerungen. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts **YouGov** zufolge sind nur rund ein Drittel für eine Beibehaltung oder Verschärfung der geltenden Einschränkungen. 43 Prozent meinen dagegen, es brauche Lockerungen. 17 Prozent sind sogar für eine komplette Rückkehr zur Normalität.
- In **Italien** ist die **Inflationsrate (HVPI)** im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,0 Prozent angestiegen, wie das Statistikamt Istat am Montag nach einer ersten Schätzung mitteilte. Im Januar hatte die Inflationsrate noch bei 0,7 Prozent gelegen.
- Aus **China** kommen hinsichtlich der Stimmung in der Wirtschaft eher schwächere Signale. Im Februar sanken dort sowohl der staatliche Einkaufsmanagerindex als auch der vom Wirtschaftsmagazin **Caixin** auf den tiefsten Stand seit Mai vergangenen Jahres. Der Caixin-Einkaufsmanagerindex der Industrie sank nach Angaben vom Montag um 0,6 auf 50,9 Punkte. Volkswirte hatten mit einem Rückgang auf 51,4 Punkte gerechnet. Der offizielle Industrie-PMI fiel zugleich auf 50,6 Punkte, wie das **Nationale Statistikamt** am Sonntag mitteilte. Im Januar hatte das Barometer bei 51,3 Punkten gelegen.
- **US-Präsident Joe Biden** hat den **Senat** in Washington zu einer schnellen Verabschiedung des von ihm geplanten Konjunkturpakets gegen die Corona-Krise aufgerufen. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, sagte Biden am Samstag im Weißen Haus. Sein „amerikanischer Rettungsplan“ lindere das Leid, sagte der Präsident. Zuvor hatte das **Repräsentantenhaus** dem Konjunkturpaket im Umfang von 1,9 Bio. US-Dollar zugestimmt.
- Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt seit seinem Ausscheiden aus dem Amt hat der **frühere US-Präsident Donald Trump** ausgeschlossen, eine eigene Partei zu gründen. Trump betonte in Orlando bei der Konferenz CPAC: „Wir haben die republikanische Partei.“ Er erklärte zudem nicht ausdrücklich, dass er bei der nächsten US-Präsidentschaftswahl antreten wolle.
- In **Myanmar** sind bei Protesten gegen den Militärputsch mindestens 18 Menschen getötet und mehr als 30 Personen verletzt worden. Dies gaben die UN am Sonntag bekannt. Nach Angaben der Vereinten Nationen schossen Sicherheitskräfte in den beiden größten Städten Rangun und Mandalay sowie in Dawei, Bag, Myeik und Pokokkuo mit scharfer Munition auf die demonstrierenden Menschen. Es ist der tödlichste Tag, seit das Militär sich Anfang Februar an die Macht geputscht hat.
- Die **Tarifverdienste in Deutschland** sind im Jahr 2020 im Durchschnitt um 2,1 Prozent gegenüber 2019 gestiegen. Dies geht aus dem Index der tariflichen Monatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen hervor. Dabei handelt es sich um den geringsten Anstieg der Tarifverdienste seit dem Jahr 2016, wie das Statistische Bundesamt in seiner Pressemitteilung betonte. Ohne Sonderzahlungen sind die Tarifverdienste im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent.
- Bereits mehr als 20 Mio. Menschen haben in Großbritannien eine erste Impfdosis gegen das Coronavirus erhalten, wie der **britische Gesundheitsminister Matt Hancock** mitteilte. Das entspricht etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bis Ende Juli sollen alle Erwachsene in UK ein Impfangebot erhalten. Experten bereitet derweil die Entdeckung der brasilianischen Corona-Mutante im Vereinigten Königreich

Sorge.

- Die Gesundheitsämter in Deutschland haben dem **Robert-Koch-Institut (RKI)** binnen eines Tages 4732 Corona-Neuinfektionen gemeldet, wie am Montagmorgen berichtet wurde. Zudem wurden innerhalb von 24 Stunden 60 weitere Todesfälle verzeichnet. **Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU)** sieht derweil keinen Spielraum für weitere Lockerungen des Schulbetriebes in der Corona-Pandemie. „Beim Thema Schulöffnung werden wir – aus meiner Sicht – keine großen Schritte erleben können“, sagte er am Montag in einer Online-Presskonferenz mit seinem bayerischen Amtskollegen **Markus Söder (CSU)**. Dieser sprach sich dafür aus, das Thema Schulen bei der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz am Mittwoch auszuklammern. Schule sei Ländersache, es finde da wenig grenzüberschreitend statt. „Es bleibt immer dabei: Die Daten bestimmen und nicht das festgelegte Datum“, sagte er bezüglich weiterer Lockerungen.
- **Südafrika** lockert angesichts einer Entspannung an der Corona-Front seine Lockdown-Maßnahmen. Das kündigte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa an. Unter anderem werden die Ausgangssperre verkürzt und die Einschränkungen bei Treffen und dem Verkauf von Alkohol gelockert. Ramaphosa: „Unsere ganze Anstrengung muss dem Wachstum der Wirtschaft gelten.“

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Im Artikel besprochene Instrumente

DAX	XETRA	07.05.2021	15.399,65	202,91	1,34	15.406,41	15.290,20
	Börsenplatz	Zeit	akt. Kurs	abs	%	Hoch	Tief

Stand: 10.05.2021 07:40:52

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den

Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handlungsempfehlungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2021